



Medienmitteilung

Zürich, 29.01.2026

Beschlüsse der Kommissionen

KBIK: Eigentümerstrategie des Opernhauses soll genehmigt werden

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen die Eigentümerstrategie (ES) des Opernhauses Zürich zu genehmigen ([6042](#)). Die Mehrheit begrüsst die in der ES verankerten Vorgaben, welche für sie sinnvoll und zukunftsweisend sind. Die Kommissionsminderheit (SVP) lehnt die Genehmigung ab, ohne einen entsprechenden Antrag zu stellen. Sie ist der Meinung, dass ambitionierte Klimaziele nicht in einer ES festzulegen seien, und nutzt die Vorlage zur Kritik an den für sie generell zu hohen Aufwänden des Opernhauses.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KBIK: 25 Millionen Franken für die Erhöhung der Studienplätze in der Humanmedizin

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Objektkredit über 25 Millionen Franken für die Erhöhung der Zahl der Studienplätze für Humanmedizin an der Universität Zürich zu genehmigen ([6049](#)). Das Projekt «Med500+» soll ab dem Herbstsemester 2030 die Zahl der Studienplätze auf der Bachelorstufe um 270 auf insgesamt 700 Studienplätze erhöhen. Das Projekt leistet einen zentralen Beitrag für eine auch künftig ausreichende und hochstehende medizinische Versorgung und schafft die dafür nötigen Rahmenbedingungen, wie dies mit der Motion KR-Nr. 125/2021 von Mitte, SVP, SP, FDP und GLP verlangt wurde.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

STGK: Bereitstellung einer neuen Plattform für Grundstück- und Gebäudedaten

Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das neue «Gesetz über die Bereitstellung von Grundstück- und Gebäudedaten (GBGG)» zu erlassen ([5984](#)). Das Gesetz ermöglicht, gebäude- und grundstücksbezogene Daten auf einer zentralen Plattform bereitzustellen und regelt die Datenlieferung, Datenverknüpfung, Datennutzung und Zuständigkeiten. Dies wird sich unter anderem positiv auf die heute teilweise mangelnde Datenqualität auswirken.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

STGK: Änderung der Gemeindeverordnung (VGG) zur Genehmigung beantragt

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, eine «Änderung der Gemeindeverordnung (VVG)» zu genehmigen ([6026](#)). Mit der Vorlage sollen Bezeichnungen von Funktionalen Gliederungen und Kontenrahmen angepasst oder ergänzt werden. Weiter sollen zwei Finanzkennzahlen geändert werden, um eine



Kantonsrat
Zürich

Parlamentsdienste

Vergleichbarkeit der Finanzkennzahlen zwischen Gemeinden und Kantonen zu gewährleisten.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.